



Ingeba-Sitz in Basel: „Wie heißt das Institut noch mal?“

schen Hintergrund unerheblich. Die Beschuldigten hätten keine „diskriminierende Behandlung“ zu befürchten.

Der Bescheid zeigt, daß die Schweiz für die buntscheckigen Geld-Flüchtlinge aus aller Welt auch nicht mehr unbedingt eine feste Burg ist. Sozialdemokrat Walter Hesselbach trauert den alten Zeiten nach, als das Bankgeheimnis dort noch weitgehend unantastbar war. „Eine solche Entscheidung“, sagt Hesselbach, „hätte es vor einem Jahrzehnt noch nicht gegeben.“

Der Bankier spielt die Hauptrolle in der SPD-Affäre. Er saß als einziger in allen Gremien, die in den Naphtali-Fall verstrickt sind. Als Präsident des Kuratoriums der FES entschied er über die Geldvergabe mit, als Vorstandsvorsitzender der FNS konnte er den Geldfluß lenken. Bei der FNS-Hausbank Ingeba saß Hesselbach dem Aufsichtsrat vor; er besaß Vollmacht über die Naphtali-Konten und verwaltete sogar das Vermögen der israelischen Stiftung.

Der frühere Chef der Bank für Gemeinwirtschaft, der zeitweise 48 Posten und Ehrenämter innehatte, gilt als überaus diskret. Er schätzt „Haltung“ und die Tugend „zu schweigen, wo es geboten“ ist. Hesselbach hat jahrzehntelang manches knifflige Geldmanöver für SPD und FDP abgewickelt. Als 1969 die Liberalen klamm waren, ermöglichte er seinem Duzfreund, dem FDP-Politiker Heinz Herbert Karry, einen Sechs-Millionen-Kredit bei der Ingeba.

Er kannte viele der Schweizer Konten Karrys und könnte vielleicht auch das Rätsel um einen weiteren Sechs-Millionen-Transfer lösen: Dieses Geld, die größte Einzelspende der Nachkriegszeit, traf 1984 bei der FDP in Bonn ein und stammte angeblich von dem in der Schweiz lebenden Kaufhaus-König Helmut Horten.

Experten halten diese Version der Liberalen für falsch: Der inzwischen verstorbene Horten war nie durch besondere Spendierfreude aufgefallen und hatte auch keinen aktuellen Anlaß, in die FDP zu investieren. Seit jüngstem gibt es Indizien dafür, daß das Geld aus einer schwarzen Kasse des Hesselbach-Freundes Karry stammt, die vor fünf Jahren aufgelöst worden ist.

Kaum weniger dunkel ist das Geheimnis der Hesselbachschen Transaktionen, das die Staatsanwälte knacken wollen. Der Bankier, der sich als Sohn eines Dieners nach ganz oben hochgeboxt hat, ist auch im achten Lebensjahrzehnt noch bemerkenswert zäh. Wegen eines Blasentumors hat er bereits sieben Operationen über sich ergehen lassen, an Herzinsuffizienz leidet er auch, aber noch immer sitzt er im Chefbüro des Bundesverbandes der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen in Frankfurt. „Mit ein paar Einschränkungen“, sagt Hesselbach, „fühle ich mich fit.“

Auch nach Herausgabe der Baseler Dokumente zeigte der Bankier Nehmerqualitäten. Den behaupteten Geldfluß an die SPD habe es nicht gegeben: „Abbuchungen sind keine Belege.“ Die Staatsanwaltschaft müsse schon mehr vorweisen als bisher. Er jedenfalls habe keinen „so großen Koffer“ gehabt, um die Millionen zu transportieren.

Der mutmaßliche Kofferträger, SPD-Schatzmeister Nau, ist tot. Er war mindestens ebenso verschwiegen wie sein Genosse Hesselbach, und auch er war bemüht, keine Spuren zu hinterlassen. Die SPD-Spitze, die jegliche Verantwortung abschiebt, hat offenbar kein besonderes Interesse an der Aufklärung. Der frühere SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg, 69, jedenfalls blitzte mit dem Vorschlag ab, die Partei sollte sich

selber über den Verbleib der FES-Millionen Gewißheit verschaffen.

Jetzt gibt es neuen Erklärungsbedarf. Bei einer ersten Auswertung der Unterlagen stießen die Fahnder auf ein bislang unbekanntes Drittkonto: Ein großer Teil der Naphtali-Millionen wurde an ein „Institut für Internationale Begegnungen“ transferiert, das ein dickes Konto, aber offenbar keine ordentliche Adresse hat. In Zürich, seinem angeblichen Sitz, ist es nicht zu finden.

Auch Hesselbach, der Gelder an das Institut hat überweisen lassen, kann mit dem Namen „nicht viel anfangen“: „Ich weiß nicht, wo und wie das gelaufen sein soll. Wie heißt das Institut noch mal?“ Ein kleinerer Teil des Geldes ging auf ein Konto der Förderer der Naphtali-Stiftung. „Die kenne ich“, sagt Hesselbach, „da gehöre ich dazu.“ Aber Details sind ihm leider entfallen: „Das ist doch mehr als zehn Jahre her.“

Die FES-Manager in Bonn müssen die neuen Enthüllungen erst noch verkraften. Geschäftsführer Horst Heidermann klagt, daß die Affäre seit langem „an den Nerven zerrt“. Die „letzten Jahre“ seien „nicht leicht gewesen“.

Weil eine Stiftung die Verwendung ihrer Mittel zweifelsfrei belegen muß und die FES dies für die Naphtali-Gelder nicht kann, ist ihr vom Fiskus rückwirkend für die Jahre 1975 bis 1982 die Gemeinnützigkeit entzogen worden.

Rund neun Millionen Mark Steuern mußten die Ebert-Leute bereits nachzahlen. Jetzt sind weitere Prüfungen zu erwarten.

AFFÄREN II

Kleines Licht

Baden-württembergische Unternehmer, die wegen Parteispenden von der Justiz verfolgt werden, sind empört: Kaum einer der beteiligten Stuttgarter CDU-Politiker muß vor Gericht.

Der Stuttgarter Kleinunternehmer Manfred List, 45, war stets fleißig wie ein rechter Schwabe. „Oh, lieber Herr“, berichtet er, „ich habe schaffen müssen wie ein Brunnenputzer.“

Manchmal, erzählt List, habe er „rund um die Uhr am Steuer gehockt“, aber es habe „Spaß gemacht“ – auch aus politischen Gründen: Der damalige Spediteur, der sich als „dynamisch und aktiv“ charakterisiert und früher Vorsitzender der Jungen Union in Stuttgart war, hat jahrelang Material für die vielen CDU-Geschäftsstellen quer durchs Ländle kutschiert.

Allerdings: Er stand auf der Honorarliste der Süddeutschen Kühlerfabrik Julius Fr. Behr, eines Stuttgarter Unternehmens, von dem Schwaben gerne sagen, es sei „gesund bis in die Socken“.

Lists Speditionstätigkeit gehörte zu einem raffiniert ausgeklügelten Steuer-

sparmodell. Die Firma Behr, für die er „ganz gelegentlich“ auch fuhr, zahlte in der Regel 5000 Mark monatlich für Lists Dienste und ließ den Mitarbeiter steuermindernd durch die Bücher laufen. Geflossen ist das Geld an die CDU, die sich den Trick mit dem „Spezial-Spediteur“ (List) ausgedacht hatte und mit der List jeweils abrechnen mußte.

Um das ganz besondere Arbeitsverhältnis hat sich vor allem der frühere CDU-Generalsekretär und jetzige Innenminister Dietmar Schlee, 51, persönlich und intensiv gekümmert. Eingeschaltet in die Umwegfinanzierung waren auch der langjährige CDU-Schatzmeister Alfred Hubertus Neuhaus, 58, und dessen Intimus Franz Koch, der in der Stuttgarter CDU-Geschäftsstelle für das Finanzwesen zuständig war.

„Auf Vermittlung des CDU-Landesverbandes“, heißt es in einer Vereinbarung zwischen List und der Partei, sei der Deal mit der Firma Behr zustande gekommen: List solle zwar mit der Küh-



Parteispender Eberspächer
Klimastörung bei den Gebern

lerfabrik einen Vertrag schließen, habe aber der CDU in Baden-Württemberg „konzeptionell und in praktischer Ausführung zur Verfügung zu stehen sowie eine postunabhängige Verteilerorganisation aufzubauen“.

Derlei Schein-Arbeitsverhältnisse sind in den Finanzaffären der Bonner Parteien keine Seltenheit gewesen. So stellten Firmen wie die Großhandelskette Metro oder Flick, um Politikern gefällig zu sein, etwa der FDP die Dienste von Sekretärinnen zur Verfügung – ein klarer Fall von Steuerhinterziehung.

Weil Personalkosten nicht von der Steuer abzusetzen sind, wenn das Personal gar nicht oder nur sporadisch für den Betrieb arbeitet, mußten die ertrappten Behr-Manager eine Buße zahlen – nichts Aufregendes eigentlich. Was dem Fall dennoch Gewicht gibt, ist eine schwäbische Besonderheit, die jetzt bei Insidern im Land für Aufregung sorgt: Die Stutt-

garter Staatsanwaltschaft hat es versäumt, gegen die christdemokratischen Erfinder des merkwürdigen Arbeitsvertrages ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Der zuständige Staatsanwalt Wolfgang Schmid, 42, mag wegen „der Schranke der Geheimhaltungspflicht“ offiziell nicht darüber reden, aber im kleinen Kreis hat er schon eine Erklärung parat. In Sachen Parteispenden habe es halt „eine wahnsinnig große Zahl von Einzelfällen“ gegeben; die Sache mit den Politikern sei wohl übersehen worden. Außerdem sei die Angelegenheit inzwischen ja verjährt. An Schlamperie wollen manche Spender und ihre Anwälte indes nicht glauben – sie vermuten dahinter System und sammeln Fälle nach dem List-Muster für eine Abrechnung mit den Behörden.

In der Tat fällt auf, daß die baden-württembergische Justiz bei der Verfolgung von Spendern aus der Wirtschaft nicht vor großen Namen zurückschreckt, aber – anders als etwa die Bonner Ermittler – die Profiteure der Umwegfinanzierung in den Parteien sanft behandelt. Lediglich „gegen einen früheren Funktionsträger der CDU“, so Schmid, sei Anklage erhoben worden.

Jahrelang wurden im Ländle Ermittlungen von Steuerfahndern torpediert, die CDU-Spitzenpolitiker in Bedrängnis hätten bringen können. Neugierige Fahnder, die der illegalen Parteienfinanzierung auf die Spur kamen, wurden von der Arbeit entbunden, brisante Akten verschwanden im Tresor eines Finanzministers.

Seit 1982 aber, als Bonner Staatsanwälte auf die Spendenwaschvereine im Südstetten aufmerksam wurden und ihre Stuttgarter Kollegen nachziehen mußten, ist das Klima zwischen Politik und



Parteispender Merkle
Straffreiheit für die Empfänger



CDU-Spediteur List
„Von erlauchten Herren ausbaldowert“

Wirtschaft in Baden-Württemberg empfindlich gestört. Verärgert reagieren seit her vor allem die Spender, denen die Justiz nun auf den Fersen ist. Sie fühlen sich, klagten Wirtschaftsvertreter jüngst auf einer Tagung, an der 41 Unternehmer teilnahmen, „von den Politikern verschaukelt“, „an die Wand geschmiert“ oder „ausgelinkt“.

Für Verbitterung hat im Unternehmerlager vor allem der Fall des Esslinger Fabrikanten Helmut Eberspächer, 73, gesorgt. Nach 68 Verhandlungstagen wurde er Anfang des Monats vom Stuttgarter Landgericht wegen illegaler Parteispenden in erster Instanz zu einer Geldstrafe von 140 000 Mark verurteilt.

Im Eberspächer-Prozeß war klargestellt worden, wie viele Politiker am Tropf der Wirtschaft hingen und, so das Gericht, die „Gesetzesverstöße hingenommen oder sogar gefördert“ haben. „Es ist schwer“, urteilte Richter Werner Meinhold, „vom Bürger Steuermoral zu erwarten, wenn führende Politiker sich darüber hinwegsetzen.“

Mehr und mehr kommt auch Regierungskopf Lothar Späth, 51, ins Gerede. Der habe, erklärte der wegen Parteispenden angeklagte frühere Bosch-Chef Hans Lutz Merkle, 76, vorletzte Woche vor Gericht, 1977 vor Mitgliedern einer sogenannten Waschanlage einen Vortrag gehalten. Ironisch fragte Merkle, ob der Christdemokrat wohl gewußt habe, vor welchem Kreis er spreche. Richter Klaus Teichmann daraufhin: „Der Redner steht nicht ohne Grund im Ruf der Klugheit.“

Der Ministerpräsident selber versicherte jüngst, er habe umgehend nach seinem Amtsantritt als CDU-Vorsitzender im Juli 1979 die Umwegfinanzierung abgestellt. Bei Großspendern kursiert allerdings ein vertrauliches „Diktat des Herrn Ministerpräsidenten vom Band“, datiert vom 20. Oktober 1980: „Betrifft: Parteienfinanzierung“.

„Ich schlage vor“, heißt es in dem Vermerk aus Späths „Persönlichem Büro“,



CDU-Geldsammler Späth, Schlee: Vertrauliches Diktat vom Band

„eine kleine Finanzkommission der Partei einzuberufen“, die „eine mittelfristige Finanzierung des Landesverbandes erstellt“. Als ersten von sieben Punkten vermerkte Späth: „Klärung der Möglichkeiten mit den Fördergesellschaften“.

Unangenehm kann für Späth auch die Erinnerung an eine Begegnung mit Merkle Anfang der achtziger Jahre werden, über die sich der sorgfältige Chefmanager einen Aktenvermerk angelegt hat. Damals bat ihn Späth, dem CDU-Landesverband mehr als 3,5 Millionen Mark zukommen zu lassen, die auf einem CDU-Sonderkonto der Waschanlage Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V. (SV) lagerten – Merkle gehörte zu den obersten Geldverteilern des Waschvereins.

Doch zum Zeitpunkt der Späth-Anfrage hatte die Bundes-CDU seit mehr als einem Jahr die gesetzeswidrige Geldsammelei über die SV eingestellt und auch längst – mit Helmut Kohl an der Spitze – beschlossen, von dem heißen Geld keine Mark mehr anzufordern. Merkle lehnte denn auch den Transfer an Späth ab.

Nach den Akten der Staatsanwaltschaft waren die Aktivitäten von Späth, dessen Landesverband nach dem 1980er Landtagswahlkampf 5,5 Millionen Mark Schulden hatte, auch im Jahr darauf noch ein Thema in der Industrie. In einem Daimler-Benz-Vermerk vom 25. März 1981 heißt es, die Parteien riefen bei der SV in Köln „wegen steuerlicher Probleme“ nichts mehr ab. In Klammern vermerkte der Autor: „Allerdings gewisse Aktivitäten von Ministerpräsident Späth“.

Die vielen Varianten der Umwegfinanzierung sind auch zu einem Thema für die Parteibasis geworden. Spezial-Spediteur List, der für die CDU im Stuttgarter Gemeinderat sitzt, beklagt



LUFTVERKEHR

Verschärfte Nachschau

Weil Staatsschützer mit palästinensischen Terroranschlägen rechnen, herrscht auf den deutschen Flughäfen höchste Alarmstufe. Nicht alle Vorkehrungen erhöhen die Sicherheit.

Dem Computerexperten Jochen Pfeiffer, 22, aus dem hessischen Hofheim widerfuhr ein ganz seltenes Glück: Er fand, direkt vor der Abfertigungshalle des Frankfurter Flughafens, einen Parkplatz, der noch dazu legal war.

Pfeiffer ließ seinen Freund aussteigen, verschloß den weißen Opel, und die beiden gingen bummeln – getreu der Yuppie-Devise „Wir kaufen uns 'nen Liter Milch bei Harrod's auf dem Airport.“

Daraus wurde nichts. Kaum hatten die Freunde die Halle betreten, sahen sie sich von Unbekannten umringt. „Die packten uns am Nacken“, so Pfeiffer, „und drückten uns gegen die Wand.“ Als am Ende zwei Paar Handschellen einrasteten, begriffen die beiden, daß sie soeben von Polizisten in Zivil festgenommen worden waren.

Die Freunde waren schnell wieder auf freiem Fuß, weil sich ihre Festnahme als Irrtum herausstellte – der Opel war fälschlich als gestohlen gemeldet. Doch die Blitzaktion der Polizei am ersten Juli-Wochenende läßt das Ausmaß des Überwachungsnetzes erkennen, das derzeit über Westdeutschlands Flughäfen gespannt ist.

Noch nie waren die Sicherheitsvorkehrungen für den Luftverkehr, sichtbare wie unsichtbare, so umfangreich wie in diesem Sommer. Und noch nie sprachen die Behörden so offen über die „Gefahr



Handgepäck-Kontrolle auf dem Hamburger Flughafen: Suche nach „Semtex“